



PROCEDURE D'ADMISSION EN CYCLE MASTER

EPREUVE D'ALLEMAND

SAMEDI 25 AVRIL 2015

10h30 à 12h30

(2 heures - coefficient 2)

Sujet :

Ce sujet est composé de 8 pages.

Il est demandé aux candidats de répondre aux exercices grammaticaux directement sur le sujet (insérer l'ensemble du document dans la copie).

Veuillez s'il vous plaît noter votre numéro de code barre :

1 5 4 0 / _ / _ / _ / _ /

[Aucun document autorisé]

Ce dossier comprend six documents (trois textes et trois documents iconographiques) sur un thème d'actualité politique.

Analyser **l'ensemble des documents** et rédiger, en langue allemande, **une seule synthèse** d'une longueur approximative de 1400 mots (+/- 10%), plus les éventuelles citations. Cette synthèse sera notée sur 15 points (contenu et qualité de langue).

Les exercices de compétence linguistique doivent être faits directement sur le sujet (insérer l'ensemble du document dans la copie). Ceux-ci compteront pour 5 points.

Gute Ausländer, schlechte Ausländer

Deutschland gehen die Fachkräfte aus; die SPD will deshalb Hunderttausende qualifizierte Einwanderer ins Land locken. SPD-Fraktionschef Oppermann setzt auf ein Punktesystem und Quoten.

- Berlin - Die SPD-Bundestagsfraktion will das deutsche Einwanderungsrecht neu ordnen: Fraktionschef
- 5 Thomas Oppermann fordert mehr Anreize für eine dauerhaft hohe Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften. Deutschland werde den demografisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots „nur meistern, wenn es uns gelingt, die Einwanderung annähernd auf dem Niveau der letzten Jahre zu halten“, heißt es in einem Positionspapier des sozialdemokratischen Politikers. Es umfasst sechs Seiten und soll am Dienstag von der Fraktion beschlossen werden.
- 10 In seinem Entwurf für das Einwanderergesetz warnt Oppermann, dass Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung bis 2025 bis zu 6,7 Millionen Erwerbsfähige verliere. Der SPD-Politiker spricht sich für ein Gesetz aus, das die Zuwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten mit Hilfe eines Punktesystems steuert. Vorbild für seinen Entwurf ist Kanada. Hier die Einzelheiten:
- Bewerber bekämen gemäß Bedarf, Sprachkenntnissen und Ausbildung eine Punktzahl.
- 15 - Jedes Jahr solle eine Quote festgelegt werden, wie viele Zuwanderer für welche Branchen man braucht. „Je nach Bedarf kann zur Steuerung eine jährliche Quote festgelegt werden, wie viele Personen über das Punktesystem kommen können“, heißt es in dem Papier. Das System könne mit einer Bewerberdatenbank kombiniert werden, in die Arbeitgeber Gesuche einstellen.
- Aufenthaltsgenehmigungen würden zunächst auf drei Jahre befristet – sie würden erst entfristet, wenn
- 20 der Bewerber nachweist, dass er seinen Lebensunterhalt sichern kann.
- „Mit einem solchen System gewinnt beispielsweise Kanada jedes Jahr rund 250.000 qualifizierte Einwanderer“, heißt es in dem Oppermann-Papier weiter. Der Sozialdemokrat betont, das Punktesystem könnte als Pilotprojekt zunächst befristet werden. „Anschließend würde über eine Verlängerung entschieden.“ Vor allem sollen auch IT-Spezialisten nach Deutschland kommen.
- 25 Um auszuschließen, dass Arbeitgeber Dumpinglöhne zahlen, müsse ein Arbeitsvertrag vorliegen, „der mindestens tarifliches Lohnniveau garantiert“, so die Forderung. „Wir müssen unser leider nach wie vor noch präsent Image im Ausland als Nicht-Einwanderungsland loswerden und deutlich machen, dass wir nicht fragen, woher jemand kommt, sondern was jemand kann“, heißt es. Es gebe über 50 Aufenthaltstitel. Einwanderungsregeln seien über mehrere Gesetze verstreut. Deshalb sollen die diversen
- 30 Einwanderungsvorschriften in einem Gesetz gebündelt werden.

Nach Vorlage des Positionspapiers will Oppermann mit der Union debattieren. Doch Generalsekretär Peter Tauber (CDU) hatte bereits Zweifel an den SPD-Plänen angemeldet.

- Deutschland sei laut OECD zwar schon das zweitbeliebteste Einwanderungsland weltweit. Im vergangenen Jahr verzeichnete es die höchste Zuwanderung seit 22 Jahren: Mindestens 470.000 Menschen
- 35 zogen nach Deutschland, der Großteil von ihnen aus EU-Staaten. Für sie gilt allerdings ohnehin die volle Freizügigkeit in der EU.

- Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der EU sei für Deutschland ein großer Glücksfall, die Einwanderer seien überwiegend gut ausgebildet, so Oppermann. Wenn sich die europäischen Nachbarn wirtschaftlich erholen, könnten sie aber zurückkehren, warnt der Sozialdemokrat. Deshalb brauche es mehr
- 40 Zuwanderung aus den Staaten außerhalb der EU. Wichtig sei als weiterer Baustein die bessere und schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Derzeit arbeiteten 300.000 bis 500.000 Einwanderer unterhalb ihrer Qualifikation.

Die Multikulti-Union

von Volker Wagener

DW-WORLD.DE

DEUTSCHE WELLE

23. Oktober 2014

Die CDU will bunter werden. Ein paar Muslime mehr in den eigenen Reihen sollen die Union weltoffener und toleranter machen. Ein Revolutiönchen und eine ordentliche Portion Eigennutz, findet Volker Wagener.

Die deutsche Integrationsdebatte ist schrecklich ermüdend. Sie ist so vorhersehbar in ihren Wort-
5 meldungen, meistens so politisch korrekt in ihrer Stoßrichtung und deshalb so verlogen. Da wird eine „Willkommenskultur“ gepredigt, eine „bunte Gesellschaft“ gepriesen und „Vielfalt“ gefordert. Alles schön, alles richtig. Aber jetzt will die CDU Schluss machen mit den Schönwetterreden über Integration.

CDU als Trendsetter in der Einwanderungspolitik?

Eine moderne Einwanderungspolitik soll die Integrationsdebatten ersetzen. Das ist – gemessen am alten
10 Selbstverständnis der Konservativen – geradezu eine politische Schubumkehr. Nachdem die Grünen einen Vorsitzenden Özdemir und die Sozialdemokraten eine Generalsekretärin Fahimi haben, will nun auch die Union aufschließen. Multikulti ist ab sofort keine Zumutung mehr aus dem rot-grünen Milieu. Auch die CDU gibt sich jetzt bunt. Eine Kulturrevolution ist das, zumindest eine kleine.

Es ist gerade vier Jahre her, da unternahm schon einmal ein führender Unionspolitiker den Versuch, die
15 Deutschen auf Realitäten aufmerksam zu machen. „Der Islam gehört zu Deutschland“, hatte der damalige Bundespräsident Christian Wulff ohne Wenn und Aber festgestellt – und das zum Jahrestag der Deutschen Einheit. Aber: In keiner Partei stieß das auf mehr Widerstand als in der Union. Doch der Satz hat längst sein Provokatives verloren. Inzwischen kann Merkel aus der sicheren Erkenntnis heraus, dass der Islam ein Teil gelebten Alltags in Deutschland ist, darauf aufbauen und die ewige Migrationsdebatte
20 konkretisieren.

Die Wirtschaft braucht qualifizierte Migranten

Die CDU hat längst verstanden, dass die selbst praktizierte Defensive in der Einwanderungspolitik von
vorgestern ist. Waren Migranten schon in der alten Bundesrepublik eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sind sie es inzwischen allein aus demografischen Gründen. Gewiss, es gibt noch immer Vorbehalte in
25 Industrie und Mittelstand gegenüber nicht-deutschen Namen bei Bewerbungen, doch keine Branche kann es sich im globalisierten Konkurrenzkampf leisten, nach Herkunft zu entscheiden. Es geht um Fakten: gute Deutschkenntnisse, Kompetenz in Naturwissenschaften und praktisches IT-Wissen. Es ist die Integration der Kompetenten, die die Union anstrebt.

Gemessen daran hat die aktuelle Willkommenskultur immer noch etwas Dekoratives. Der
30 türkischstämmige Betriebswirt, dessen Familie in der dritten Generation in Deutschland lebt, wird immer noch eher zum Integrationsbeauftragten in einem Konzern, als Finanzvorstand. Jahrelang war das für die Betroffenen alternativlos – mittlerweile finden die Deutsch-Türken in Istanbul und Ankara qualifizierte Stellen. Wir brauchen sie aber hier!

Bis 2050 braucht Deutschland deutlich mehr Fachkräfte, um den Bevölkerungsverlust aufzufangen. Ohne
35 die gut ausgebildeten Migranten ist das gar nicht zu schaffen. Die Union zeigt sich alarmiert und versucht offensichtlich eine bessere Integration zu moderieren. Und das ist auch notwendig, denn es sind die Aufsteiger aus der Mittelschicht, die um ihren Status fürchten.

Wie uneigennützig, Frau Merkel!

So richtig Merkels Einwanderungs-Impuls ist, so eigennützig ist er auch. Die Union tut sich schwer mit
40 den Zugewanderten. Selbstgefällig betrachtete man sie lange Zeit als Gäste, was unausgesprochen immer auch eine zeitliche Begrenzung mitklingen ließ. „Gesellschaftliche Vielfalt“ und ähnliche an das Vokabular von Sonntagspredigten erinnernde Begriffe waren Politikelemente links von der Union.

Merkels CDU ist verglichen mit SPD und Grünen nur mäßig attraktiv für Migranten. Das ist auch eine Gefahr für die politische Mehrheitsfähigkeit in einem Land, in dem inzwischen jeder fünfte Einwohner
45 ausländische Wurzeln hat. Deswegen muss sich nicht nur Deutschland, sondern speziell auch die Union als große Volkspartei ändern und öffnen.

| www.dw-world.de | © Deutsche Welle

MATERIAL 3: Artikel Deutsche Welle, 30. Dezember 2014 (791 Wörter)

Extremismus

„Pegida“ und wie es dazu kam

DW-WORLD.DE

DEUTSCHE WELLE

30. Dezember 2014

Die Pegida-Bewegung demonstriert gegen die vermeintliche Islamisierung des Westens. Ein Blick zurück zeigt: Diese diffuse Angst gibt es in der Gesellschaft schon länger – auch geschürt von den Medien.

Das Wort Abendland taucht normalerweise nicht täglich in den deutschen Medien auf und war bis vor
5 kurzem aus dem aktiven Wortschatz vieler Bürger verschwunden. Im Moment aber ist es überall präsent, denn einige Deutsche befürchten, dass dem Abendland – damit meinen sie den Westen – die Islamisierung droht. Seit Ende Oktober ruft die Bewegung „Pegida“ (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) jeden Montag in Dresden zu sogenannten Spaziergängen auf. Zur ersten Demonstration kamen nur ein paar Hundert Menschen. Zuletzt waren es 17.500. Das Thema scheint einen Nerv zu
10 treffen.

Laut einer Umfrage von Zeit Online haben 73 Prozent der Bundesbürger die Sorge, dass der radikale Islam in Deutschland an Bedeutung gewinnt. Außerdem vertreten 59 Prozent der Befragten die Ansicht, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufnimmt.

Angst vor IS-Terror

Vordergründig sind es möglicherweise auch die Taten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ im Nahen Osten, die in den vergangenen Monaten die Angst vor einer Islamisierung schürten. „Weit weg, aber jeden Abend, jeden Tag hören die Menschen Nachrichten über islamistischen Terror. Das erzeugt Ängste und beeinträchtigt offensichtlich das Differenzierungsvermögen von Menschen, nämlich zu unterscheiden zwischen dem Islam und seinem Missbrauch zur Begründung von Gewalt“, so der frühere
15 Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) im Deutschlandfunk. Außerdem gab es immer wieder Berichte über deutsche Dschihadisten, die nach Kampfeinsätzen in Syrien und dem Irak zurückkehren und möglicherweise in Deutschland zu einem Sicherheitsrisiko werden können, weil sie Anschläge planen.

Im September entfachte die sogenannte „Scharia-Polizei“ eine weitere Islamdebatte: Selbst ernannte Sittenwächter zogen damals durch Wuppertal und forderten Jugendliche auf, von Alkoholgenuss und
25 Glücksspiel die Finger zu lassen. Eine einmalige Sache – doch die Provokation wirkte und so entstand bei manchem Bürger der Eindruck, die Islamisierung Deutschlands nehme zu.

Wechselwirkungen mit den Medien

Dazu beigetragen haben auch die Medien. „Dadurch, dass man es zum Topthema macht, wird es ein Topthema“, sagt der Medienpsychologe Jo Groebel. Es seien zwar nicht in erster Linie die traditionellen
30 Medien, die Stimmung gegen den Islam gemacht hätten. Manchmal sei aber nicht klar genug getrennt worden zwischen dem „Islamischen Staat“ auf der einen Seite und dem Islam auf der anderen Seite.

Dass die „Pegida“-Bewegung zuletzt starken Zulauf bekommen habe, liege aber natürlich auch an der starken Medienberichterstattung, sagt Groebel. „Es werden die Leute, die mitgelaufen sind, in eine bestimmte Ecke gestellt, die werden dann wieder sauer, andere kriegen das mit, die werden dann auch
35 sauer und sagen: 'Man darf sich ja wohl noch äußern' – und schließen sich dann der Sache an.“

Abkehr von den etablierten Parteien

Allerdings lassen sich so nicht die Motive aller „Pegida“-Demonstranten erklären. Den meisten gehe gar nicht so sehr um Muslime und den Islam, sagt der Protestforscher Dieter Rucht. „Es gibt einen diffusen Hintergrund, das hält sich im Grunde schon seit zehn, 15 Jahren in allen westlichen Ländern. Es gibt
40 nämlich Ängste bezogen auf die Zukunft, es gibt konkret auch Abstiegsängste, Verlust des Arbeitsplatzes“, sagt er im Deutschlandfunk.

Rucht betont, bei „Pegida“ handele es sich auf den ersten Blick um ein neues Phänomen. Dennoch seien die sogenannten Montagsmahnwachen für den Frieden für ihn damit verwandt. Die große Gemeinsamkeit sei, dass die Teilnehmer kein Vertrauen mehr in die etablierte Politik hätten.

45 Dafür spricht auch der Erfolg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) in diesem Jahr. Sie wurde 2012 gegründet und gehört damit nicht zu den etablierten Parteien. Während die AfD mit Forderungen wie eine strengere Einwanderungspolitik bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr noch an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, zog sie in diesem Jahr gleich in drei Landtage ein.

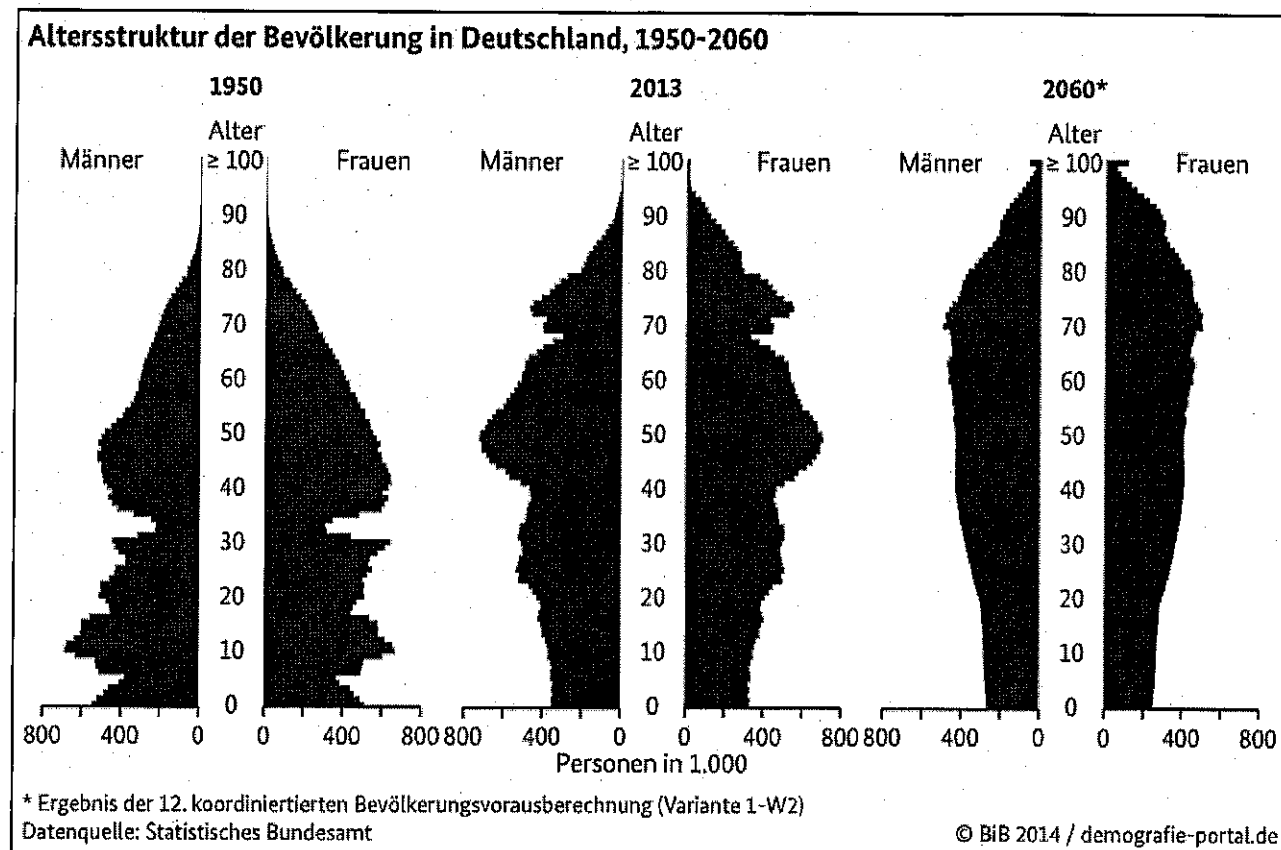
Große Gegendemonstrationen

50 „Pegida“ gibt sich betont bürgerlich und liberal, Gewalt lehnen die Organisatoren ab. Dadurch können sie viele Menschen mobilisieren. „Eine Bewegung, die mit dem Feindbild Islam breitenwirksam erfolgreich sein will, darf nicht mit offenem Rechtsradikalismus in Verbindung gebracht werden“, sagt der Düsseldorfer Rechtsextremismus-Forscher Alexander Häusler. Sie müsse den Schein des Bürgerlichen nach außen tragen.

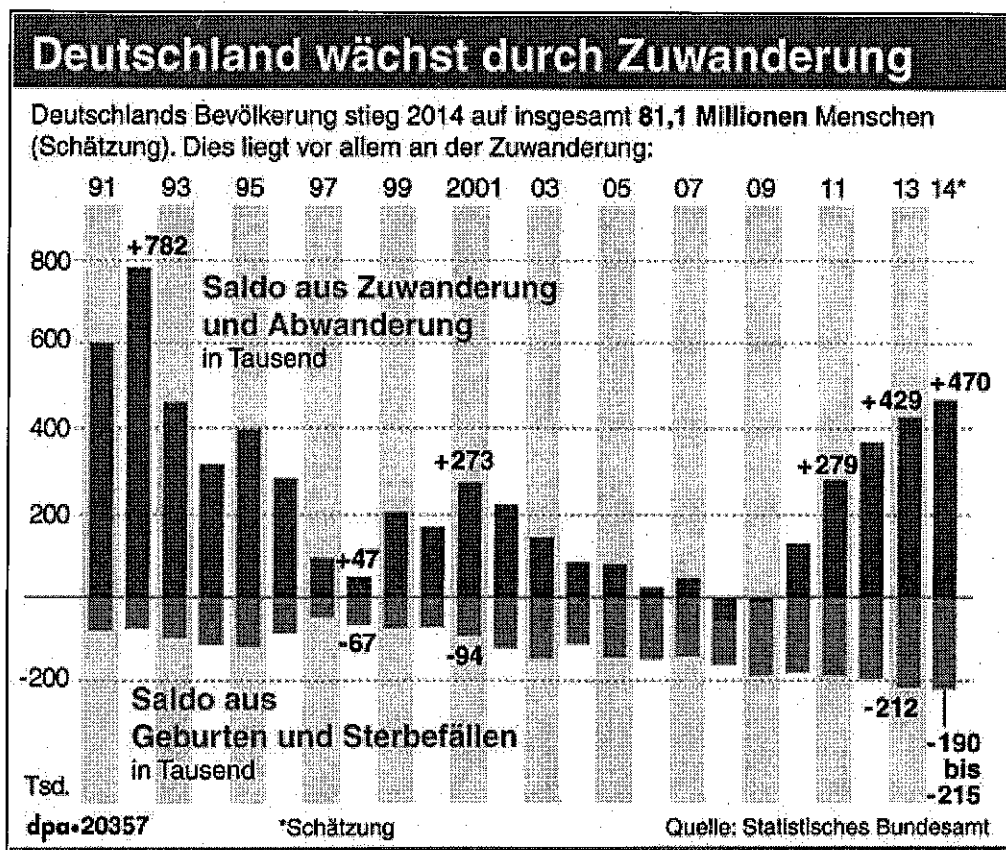
55 Andere Gruppierungen sind 2014 gescheitert, mehrfach größere Menschenmengen zu versammeln – zum Beispiel die Vereinigung „Hooligans gegen Salafisten“. Ihr Protest mit etwa 4.500 Teilnehmern in Köln eskalierte in Gewalt, sodass zur folgenden Demonstration Mitte November in Hannover nur etwa halb so viele kamen - inzwischen hört man kaum noch etwas von der Gruppe. Rechtsextreme Parteien wie die NPD versuchten erfolglos, mit Parolen wie „Masseneinwanderung stoppen“ und „Das Boot ist voll“ bei
60 Wahlen zu punkten.

Allerdings ist die „Pegida“-Bewegung bislang nur in Dresden erfolgreich. Ähnliche Demonstrationen in Städten wie Düsseldorf oder Bonn hatten deutlich weniger Teilnehmer. Außerdem gibt es zu jedem „Pegida“-Protest immer eine Gegendemonstration. Und die fällt in fast jeder Stadt größer aus als die Kundgebung gegen die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes.

MATERIAL 4: Bevölkerungspyramide Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2014

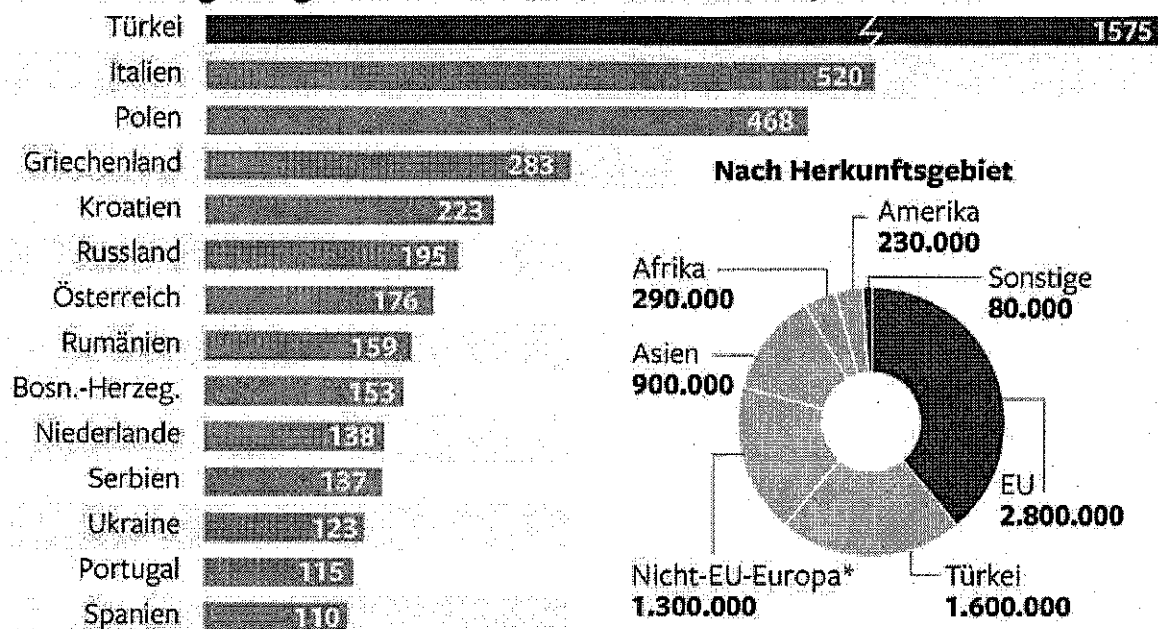


MATERIAL 5: Infografik Deutsche Presseagentur dpa 2014

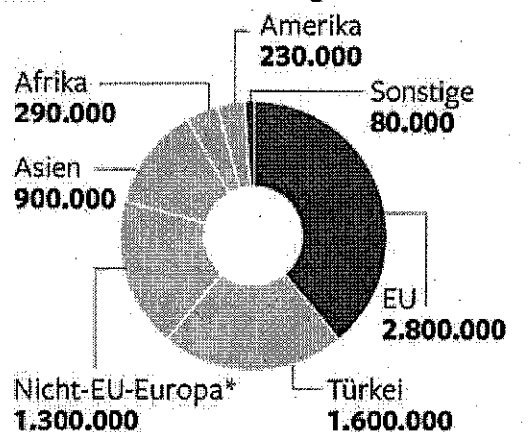


WOHER KOMMEN DIE AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND?

Nach Staatsangehörigkeit und Größe, Auswahl in Tausend, Stand 2012



Nach Herkunftsgebiet



*inklusive Russland, Ukraine, Weißrussland

QUELLE: AUSLÄNDERZENTRALREGISTER

COMPETENCE LINGUISTIQUE

A. Finden Sie für jede Definition ein passendes Synonym aus Material 2 (Artikel „Die Multikulti-Union“).

(Die Wörter stehen in derselben Reihenfolge wie im Artikel.)

1. Zahlreiche Formen oder Typen / Diversität:
2. Umzug in ein anderes Land / Immigration:
3. Leiter oder Chef eines Vereins oder einer Partei:
4. Negative Reaktion / Opposition gegen etwas:
5. Qualifizierte Arbeiter:

B. Ergänzen Sie den folgenden Text mit einer passenden Konjunktion

weil – dass – denn – obwohl – aber – und – oder – wenn – als – nachdem – bevor – ob

Andere Länder reagieren mit aller Kraft gegen den demografischen Niedergang, nur Deutschland bleibt blind auf Katastrophenkurs. In den kommenden Tagen wird Japans Premierminister Shinzo Abe ein politisches Programm vorstellen,(1) die Zukunft seines Landes ist in Gefahr. Die Drei-Kinder-Familie soll zum offiziellen Staatsziel erklärt werden. Japan gehört mit einer Geburtenrate von 1,41 Kindern pro Frau zu den kinderärmsten und am schnellsten alternden Nationen.(2) die Geburtenrate nicht steigt, wird es statt 127 Millionen im Jahr 2060 nur noch 87 Millionen Japaner geben.(3) Japans Regierung will das nicht akzeptieren.(4) die „Ministerin zur Bekämpfung des Geburtenrückgangs“ Masako Mori ihre Arbeit begonnen hat, hat sie für 2060 eine Geburtenrate von 2,07 Kindern angekündigt. – Und Deutschland? Die Zahl der Kinder zu erhöhen, ist kein politisches Ziel der Bundesregierung,(5) die Geburtenrate in Deutschland bei 1,36 liegt.

C. Welche der folgenden sprachlichen Formen ist richtig? Kreuzen Sie die richtige Form an.

1. PEGIDA hat nicht sehr viele Menschen...

- ☐ anziehen können ☐ anziehen gekonnt ☐ können anziehen

2. Trotzdem muss dieses Phänomen von der Regierung sehr ernst...

- ☐ genommen geworden ☐ genommen werden ☐ genommen worden

3. Die demografischen Probleme haben noch nicht...

- ☐ werden können gelöst ☐ können gelöst werden ☐ gelöst werden können

4. Berufstätige Frauen von der Bundesregierung mehr Hilfe bei der Kinderbetreuung.

- ☐ bitten ☐ fordern ☐ fragen

5. Auch die Unternehmen mehr konkrete Maßnahmen von der Bundesregierung.

- ☐ erwarten ☐ warten ☐ warten auf